Gewerkschaftlicher Aktionsausschuss

KEINE PREKÄRE ARBEIT UND TARIFFREIEN BEREICHE

im Verantwortungsbereich des Landes Berlin

Liebe Parteitagsdelegierte,

durch unseren Kampf, gemeinsam mit unseren Gewerkschaften für die Zurückdrängung prekärer Arbeit, wurde die Rückführung der KollegInnen des Botanischen Gartens in die Muttergesellschaft, die Freie Universität, erreicht.

Wir begrüßen ausdrücklich den entsprechenden Beschluss des Präsidiums der Freien Universität und sehen darin einen Erfolg des gewerkschaftlichen Kampfes der Kolleginnen und Kollegen.

Doch was ist mit der Charité-Tochter CFM?
Wir haben zur Kenntnis genommen und begrüßen es, dass der Regierende Bürgermeister, Michael Müller, auf dem 1. Mai angekündigt hat: *„Und es ist ganz deutlich, dass wir ernst machen … die Zeit des Outsourcings und der Privatisierung ist vorbei. Und die CFM wird in dieser Legislaturperiode wie angekündigt in die Charité eingegliedert werden, mit Tarifbindung. Wir haben das zugesagt und wir werden das auch machen, dass die KollegInnen zu uns und zum Land Berlin gehören."*

Aber jetzt sahen sich die Kolleginnen und Kollegen veranlasst, für ihre Forderungen erneut in den Streik zu treten, weil sich bisher faktisch nichts verändert hat und weder ein Plan noch Klarheit existiert. Die Verhandlungen mit der Geschäftsführung stagnieren.

Was ist mit den Vivantes Töchter VSG und VTD?
Wir begrüßen die Rückführung von 500 gestellten MitarbeiterInnen der Vivantes Tochter VSG in die Mutter Vivantes. Eine Lösung für die restlichen ca. 300 Mitarbeitern bei der VSG fehlt bisher.

Wir haben zur Kenntnis genommen und begrüßen es, dass der Vorsitzender des Beteiligungsausschusses im Abgeordnetenhaus, Jörg Stroedter (SPD), vor wenigen Tagen auf einer Sitzung des Vivantes-Betriebsrates erläutert hat, dass es *„wie in der Koalitionsvereinbarung beschlossen, das Ziel von Rot-Rot-Grün ist, Unternehmensausgliederungen bei den öffentlichen Betrieben nicht nur zu verhindern, sondern ausgegliederte Bereiche wieder in die öffentliche Hand zurückzuholen."*

Ausdrücklich betonte er, dass sich die SPD-Fraktion und die Koalition klar für eine Wiedereingliederung der Vivantes Service Gesellschaft (VSG) und der Therapeutischen Dienste in den Mutterkonzern positioniert habe. Wer *„gleiches Geld für gleiche Arbeit"* fordere, müsse auch das Ausspielen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beenden. *„Dazu stehen wir, danach handeln wir und danach werden wir uns messen lassen."*

Aber halten wir fest: Bisher stagnieren die Verhandlungen auf allen Ebenen; für die VTD gibt es noch gar keine bezüglich der Rückführung. Die Reaktion der Geschäftsführung, mit Hausverbot und dem per einstweiliger Verfügung erwirkten Streikverbot gegen die für ihre berechtigten Forderungen streikenden KollegInnen bei der VSG vorzugehen, kann nicht hingenommen werden.

„Wir stehen zu dem Recht, für den Erhalt eigener Arbeitsplätze und Tarifverträge streiken zu können. Ein öffentliches Unternehmen wie die VSG hätte den Weg zum Gericht unterlassen müssen!

Wir fordern anstelle dessen von öffentlichen Unternehmen alle Anstrengungen, um zu guten Verhandlungs-

lösungen zu kommen!" (Aus dem Brief des ver.di Bezirksvorstandes an die KollegInnen der CFM und VSG)

Auch hier fehlt jede Klarheit darüber, wann und wie die Rückführung vorgesehen ist.

Was ist mit den Musikschulen?
Die Kulturstadträte sämtlicher Bezirke Berlins haben in einem Schreiben ausgeführt, was die Umsetzung des Beschlusses für 20 % MusikschulerInnen bedeutet. Sie kommen, wie ver.di, auf die Zahl von 183 VZÄ. Die Senatsverwaltung kommt auf eine viel niedrigere Zahl.

Was ist mit Kinder- und Jugendambulanzen?
Wir begrüßen es, dass ein Tarifvertrag abgeschlossen wurde. Aber die durchschnittlichen Wartezeiten bei den Kinder- und Jugendambulanzen sowie Sozialpädiatrischen Zentren (SPZ) liegen bei sechs bis neun Monaten. Ursache für die langen Wartezeiten bis zur Erstvorstellung ist eine Personalknappheit. Bei den fünf Kinder- und Jugendambulanzen der Ki.D.T. gGmbH wird weiterhin Personal abgebaut. Deshalb fordern die KollegInnen eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kinder- und Jugendambulanzen/SPZ seitens des Senats unter Berücksichtigung geltender Haustarifverträge, damit die Einrichtungen ihrer wichtigen Aufgabe, der Betreuung und Behandlung behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder, für die Stadt nachkommen können.

Was ist mit den Lehrbeauftragten?
In den Eckpunkten der Hochschulverträge ist zu lesen, dass die Untergrenze des Honorars der Lehraufträge von 24,50 Euro auf 35 Euro erhöht wird. Das ist für viele Lehrbeauftragte sicher positiv. Aber: Die Honorare, die schon über 35 Euro liegen, werden nicht erhöht. Und noch gravierender: STELLEN für Daueraufgaben werden mit diesen Hochschulverträgen (2017-2021) nicht geschaffen.

Auf dem Parteitag liegt ein Antrag (07 / I / 2017) vor, der zur Annahme empfohlen ist, in dem es heißt:

„Prekäre Beschäftigung und tarifvertragsfreie Zonen im Verantwortungsbereich des Landes Berlin abschaffen

Der SPD Landesvorstand Berlin, die SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus und die Sozialdemokratischen Senatoren im Berliner Senat werden aufgefordert einen Plan vorzulegen, in dem definiert wird, wann und in welchem Betrieb welche Schritte unternommen werden, um prekäre Arbeit im öffentlichen Bereich aufzuheben.

Dazu gehört der Plan, wie die ausreichende Finanzierung zur Umsetzung gesichert wird."

Wir wenden uns an Euch als Delegierte des SPD-Landesparteitages: Setzt Euch dafür ein, dass die Forderungen nach ernsthaften Maßnahmen zur Aufhebung der prekären Arbeit im Verantwortungsbereich des Landes Berlin mit den entsprechenden Gewerkschaften und Tarifkommissionen diskutiert und verhandelt werden.

Einstimmiger Beschluss des Gewerkschaftlichen Aktionsausschusses vom 17.5.2017

[V. i. S. d. P.] ver.di, Fachbereich 05, Berlin-Brandenburg. Jana Seppelt, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Mail: jana.seppelt@verdi.de
Druck: Kopierzentrum Spreeport, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin.